

„Für uns hat sich nichts geändert ...“

Berichte philippinischer Gewerkschaftsaktivisten

Folgende Darstellung ist eine Zusammenfassung von Äußerungen und Erläuterungen, die elf philippinische Gewerkschafter während ihres Besuches im Oktober 1986* in der BRD in verschiedenen Gesprächen und Veranstaltungen gemacht hatten. Sie erhebt nicht den Anspruch einer Vollständigkeit, sondern eher den einer authentischen Selbstdarstellung von Gewerkschaftsaktivisten, die an der Basis unter Arbeiter/innen und in den Betrieben Gewerkschaftsarbeit machen.

Über den Hintergrund der Gewerkschaftsbewegung will ich folgendes sagen: In den Philippinen beträgt die arbeitsfähige Bevölkerung 20,6 Mio. von insgesamt 55 Mio. Von den 20,6 Mio. sind 48% Frauen. Die Arbeitslosenziffer beträgt 3 Mio. Es gibt 10,7 Mio. Unterbeschäftigte und nur 6,9 Mio. sind voll beschäftigt. Von letzteren sind allein 5,8 Mio. in staatlichen Einrichtungen beschäftigt 1,1 Mio. können lediglich als Industriearbeiter/innen bezeichnet werden. Die Zahl der regelmäßig und unregelmäßig arbeitenden Landarbeiter ist 4 Mio. 2 Millionen der abhängig Beschäftigten sind in Gewerkschaften organisiert, in unterschiedlichen Verbänden und in zwei Dachverbänden. Der höchste Organisationsgrad ist unter den Industriearbeitern, denn die vom Staat Beschäftigten dürfen keine Gewerkschaften gründen oder in solchen organisiert sein.

Der gesetzliche Mindestlohn beträgt in den Philippinen 57,80 Pesos (= DM 6,00) pro Tag. Darin sind ein mögliches 13. Monatsgehalt und sonstige Zulagen mitenthalten. Nur 10% des verarbeitenden Gewerbes bezahlt diesen vorgeschriebenen Mindestlohn.

Eine sechsköpfige philippinische Familie braucht 114 Pesos (= DM 11,80) täglich zum Überleben. In den Philippinen werden die meisten Streiks mit der Forderung nach Zahlung dieses Minimumlohnes geführt, nicht der 114 Pesos zum Überleben einer Familie.

Geschichte

Nach der Übernahme der Philippinen als Kolonie von den Spaniern durch die USA am Anfang des Jahrhunderts wurde die American Federation of Labour eingerichtet und damit das amerikanische System der Betriebsgewerkschaften eingeführt.

Mit der Verhängung des Kriegsrechtes hatte Marcos 1972 die Gewerkschaften verboten. 1974 wurde auf Initiative von Marcos der TUCP (Trade Union Congress of the Philippines) gegründet. Die TUCP

kontrollierte die gesamte Gewerkschaftsbewegung während der Kriegsrechtsperiode. Die Praxis, Betriebsgewerkschaften zu haben, wurde beibehalten.

1975 entstand erneut eine militante Arbeiterbewegung. Es hatte mit dem Streik in einer Gin-Fabrik angefangen. Damals waren Streiks aufgrund des Kriegsrechtes verboten, trotzdem wurde gestreikt. Die Auseinandersetzungen hatten sich ziemlich zugespitzt und die Arbeiter waren Verfolgungsmaßnahmen von seiten der Regierung ausgeliefert.

In der Export-Produktions-Zone auf der Halbinsel Bataan, wo viele Multis ihre Betriebe haben und Streiks verboten sind, wurde 1979 bei Ford gestreikt. Durch solche Streiks entwickelte sich die Arbeiterbewegung in den Philippinen langsam von neuem. 1980 wurde der Gewerkschaftsdachverband KMU (Kilusan Mayo Uno = 1. Mai Bewegung) gegründet. Sie fand ihre Anerkennung unter den Vertretern der militanten Arbeiterbewegung.

Die Kilusan Mayo Uno - KMU

Die KMU verstand sich als Gegengewicht gegen den von Marcos gegründeten TUCP. Sie sollte die Arbeiter aus dem Einfluß der gelben Gewerkschaften befreien und die wahren Interessen der Arbeiter vertreten. Man kann heute noch nicht sagen, daß KMU der stärkste Gewerkschaftsdachverband ist, wenn man eine konservative Einschätzung abgibt. Wir messen das natürlich nicht nur an der Zahl der Mitglieder. Es kommt darauf an, aus welchen Industriebereichen und Branchen die Mitgliedsgewerkschaften kommen, um ihre politische Bedeutung zu messen. 1980 gab es insgesamt zwischen 35 bis 50 Tsd. Mitglieder in den der KMU angeschlossenen Einzelgewerkschaften. Heute sind es rund 500.000.

Das Ziel von KMU ist es, die dominierende Rolle in der Gewerkschaftsbewegung zu spielen. Wir sind überzeugt, daß wir dieses Ziel erreichen werden. Viele der

einzelnen Mitgliedergewerkschaften haben jetzt bereits die dominierenden Rollen. Das gilt z.B. für die Textil- und Bekleidungsindustrie, den (Kupfer-)Bergbau, im Bankengewerbe in Metro Manila und Rizal sowie im Transport- und Verkehrswesen. Auf den Zuckerplantagen in Negros hat KMU 200.000 Mitglieder, während TUCP nur 2.000 Mitglieder hat. KMU versucht, nun auch im Energie-, dem Telekommunikationssektor und der Wasserversorgung Fuß zu fassen.

Es gibt drei Hauptgründe, warum die Gewerkschaftsarbeit von KMU so erfolgreich gewesen ist. Die Schulungsarbeit zu den Gewerkschaften und zur politischen Bildung, die Bildung von verschiede-



nen Organisationsformen wie (örtlich/regionale) Bündnisse (alliances), der Aufruf und die Organisation von Massenaktionen zur Durchsetzung von Forderungen wie Lohnerhöhungen und politischen Rechten. Sie führt den Kampf nicht nur für Lohnerhöhungen, sondern allgemein für die Verbesserung der Lebensbedingungen in der ganzen Gesellschaft. Die oben genannten drei Hauptgründe des Erfolges sind sozusagen auch die drei Hauptstützen für die Arbeit, die zu jeder Zeit durchgeführt werden müssen.

Allein haben die Betriebsgewerkschaften augenblicklich noch einige Schwierigkeiten, die Interessen ihrer Mitglieder durchzusetzen. Es ist schwierig für KMU, sie in einer Gewerkschaft nach dem Prinzip,

*Vgl. SOA-Informationen 4/86, S. 63f.

eine Industrie eine Gewerkschaft zusammenzuschließen, da sie auch unterschiedliche Interessen haben. Die verschiedenen Gewerkschaftsverbände mit Mitgliedsgewerkschaften unterschiedlicher Branchen und Industrien sind schwer in einzelne Branchengewerkschaftsverbände zusammenzuschließen.

Organisations- und Streikrecht

Wenn Leute in einem Betrieb versuchen, eine Gewerkschaft aufzubauen oder Leute zu organisieren, laufen sie Gefahr, entlassen zu werden. Der Aufbau einer Betriebsgewerkschaft kann daher zwischen zwei bis zehn Jahre dauern bis sie 2/3 der Stimmen der Belegschaft erhalten hat, um als Betriebsgewerkschaft vom Arbeitsministerium anerkannt zu werden.

Somit bleibt den Beschäftigten oder den Gewerkschaften nichts anderes übrig als der Streik, um ihr Recht auf Organisierung zu verteidigen. Selbst wenn eine Betriebsgewerkschaft existiert und diese sich mit der Unternehmensleitung in Verhandlungen auf Betriebsvereinbarungen bezüglich Lohn und Arbeitsbedingungen geeinigt hat, müssen die Arbeiter häufig in Streik treten, um die Einhaltung der Vereinbarungen durchzusetzen.

Bevor gestreikt werden darf, müssen nach dem Gesetz 2/3 der Beschäftigten zustimmen, muß eine "Abkühlungsphase" von 15-30 Tagen eingehalten werden, muß die



Streikabsicht dem Unternehmer oder dem Arbeitsministerium mitgeteilt werden. Und selbst wenn all dies eingehalten wurde, dürfen keine Streikposten aufgestellt werden, die den Zugang zu den Betrieben blockieren, darf die Zulieferung von Rohstoffen und der Abtransport der Produkte nicht behindert werden. Wenn dies geschieht, ist der Streik ein illegaler Streik und es kann das Militär eingesetzt werden, um die Streikketten aufzulösen. Dabei wird häufig auch auf die Streikposten geschossen.

Die Teilnahme an einem illegalen Streik ist auch Grund für eine fristlose Entlassung. Die Entlassenen können leicht durch Neueinstellungen ersetzt werden.

Keine Veränderung seit Februar '86

Diese Bedingungen bestehen nach wie vor, selbst nach dem Februar-Aufstand. Wie die ganze Welt sehen kann, haben wir nun eine bessere Regierung, eine demokratischere, aber die Unterdrückung der Arbeiter hat immer noch nicht aufgehört. Bis zum Zeitpunkt, als wir das Land Ende September 1986 verließen, hat es selbst unter der Cory Aquino-Regierung zehn Tote und einige hundert Verletzte bei Streiks unter den Streikposten gegeben und Hunderte sind verhaftet worden. In der Region von Cebu sind zwölf Gewerkschaftsorganisierer als vermißt gemeldet.

Selbst nach dieser "Volksrevolution" im Februar kämpfen wir immer noch für tatsächliche Unabhängigkeit. So hat die Gewerkschaftsbewegung in den Philippinen eine national-demokratische Ausrichtung mit einer sozialistischen Perspektive. Wir gehen davon aus, daß die philippinische Gesellschaft vom US-Imperialismus dominiert wird, zusammen mit dem japanischen Imperialismus und den kollaborierenden Großgrundbesitzern und der Kompradorenbourgeoisie.

Bis heute ist unsere Regierung sehr instabil und veränderbar, weil in der jetzigen Regierung drei Gruppierungen vertreten sind, die eine neue Herrschaftsform ausüben sollen. Die herrschende Klasse konnte nicht mehr mit der alten

BRIEF AUS DER FREIEN PRODUKTIONSZONE BATAAN; GEWERKSCHAFTER BITTEN UM HILFE

Bataan Labor Alliance (AMBA-BALA), 95-B Gometz St. Poblacion, Mariveles, Bataan, Philippinen

Mariveles den 3.2.1987

Liebe Freunde,

der brutale Mord an unserem Arbeiterführer Ka Lando Olalia und seinem Fahrer Leonor Alay-ay ist bisher immer noch nicht aufgeklärt. Kürzlich am 22. Januar 1987 starben 19 Menschen beim Mendiola-Massaker und hunderte wurden schwer verletzt, als sie zum Malacanang-Palast marschierten, um Präsidentin Cory ihre Forderung nach einer wirklichen Landreform vorzutragen.

Wieder ist die Cory-Regierung verantwortlich für den Verlust an Menschenleben, als ihre faschistische Maschinerie, das Militär, zusammen mit Polizeikräften unter Einsatz von Schusswaffen brutal die Barrikaden unseres friedlichen Generalstreiks beiseitigten. Es gab zwei Tote und zwölf wurden schwer verletzt.

Bei dem Streik ging es um folgende berechnete und angemessene Forderungen:

1. Einbeziehung der Notfall-Zulage in den Grundlohn.
2. Recht der Angestellten und im Staatsdienst Beschäftigten, sich gewerkschaftlich zu organisieren.
3. Abschaffung des Ausbildungsprogramms, der Vertragsarbeit und befristeten Beschäftigung und Übernahme aller der Beschäftigten in Dauerarbeitsplätze.
4. Allgemeine Lohnerhöhung von 25%.
5. Abschaffung des Pag-ibig (Wohnungs-)Fonds und Rückzahlung unserer Einlagen.
6. Zurücknahme der arbeiterfeindlichen Gesetze wie BP 130 und 227.
7. Berufung eines arbeiterfreundlichen Ministers.

In einem Dialog mit der Verwaltung der Export-Produktions-Zone, MOLE und Vertretern der Stadtverwaltung wurde einstimmig festgestellt, daß unsere Forderungen gerechtfertigt sind. Auch die Tatsache, daß selbst Präsidentin Aquino in ihrer Rede zum

1. Mai im letzten Jahr die Erfüllung solcher Forderungen versprochen hat, zeigt wie gerechtfertigt sie sind. Das einzige Problem ist, daß sie nicht Gesetz wurden und leere Versprechungen geblieben sind.

Wir fragen uns, warum die Aquino-Regierung solcher Vorgehen ihrer faschistischen Maschinerie gegen die philippinischen Massen, die Bauern und Arbeiter duldet. Nach dem Mendiola-Massaker hat sie versprochen, kein Militär mehr gegen solche Massenaktionen einzusetzen. Die rebellierenden Soldaten, die erneut einen Staatsstreik versuchten und dabei eine Fernsehstation für drei Tage besetzt hielten, behandelte sie mit aller Vorsicht. Auf diese bewaffneten Männer, die versuchten, die Regierungsgewalt zu übernehmen, wurde niemals geschossen! Mit der arbeitenden Bevölkerung gehen sie anders um, mit Tränengas, Knüppel, Gewehr und Kugeln, Massaker!

Aber auch wenn uns dieser Generalstreik innerhalb von knapp fünf Tagen bis zur brutalen Zerschlagung am 31.1.1987 zwei Tote gekostet hat, werden wir ihn nach der Beisetzung der zwei fortsetzen, bis unsere Forderungen erfüllt werden. Zusätzlich fordern wir die gerichtliche Verfolgung der für das Massaker Verantwortlichen im Militär und bei der Polizei sowie den Abzug der Soldaten aus der Freien Produktionszone Bataan.

Wir wenden uns an Euch mit der Bitte, als Zeichen der internationalen Solidarität mit Telegrammen und Briefen an die Aquino-Regierung unsere Forderungen zu unterstützen und eine Entschädigung für die Opfer der beiden Massaker zu verlangen. Wir bitten Euch auch um finanzielle Unterstützung für die Krankenhausbehandlungen der acht Schwerverletzten.

Eine schnelle Reaktion ist für die Sache der Arbeiter/innen der Freien Produktionszone wichtig.

Mit solidarischen Grüßen
Primo Amparo, Vorsitzender

Herrschaftsform das Land regieren, wie das diktatorische Regime von Herrn Marcos. Deshalb haben sie versucht, einige liberale und fortschrittliche Personen und Gruppierungen in die Regierung miteinzubeziehen, wie etwa den Arbeitsminister Bobby Sanchez, der aus unserer Sichtweise sich tatsächlich auch für die Interessen der Arbeiter und der Bevölkerung einsetzt.

Wen wir am meisten fürchten, sind die Reste der Marcos-Diktatur, die Marcos-Loyalisten, so wie wir sie nennen, und die Militärs wie Ramos und Enrile. Wie wir hier in englischsprachigen Zeitungen verfolgen konnten, hat anscheinend diese Gruppe in der Regierung weiter an Terrain gewonnen, denn das Kabinett hat einer Erhöhung des Haushaltspostens für das Militär zugestimmt. Nach der Rückkehr von einer Reise in die ASEAN-Staaten Indonesien und Singapur hat Frau Aquino angekündigt, daß sie gegenüber der Arbeiterbewegung schärfer vorgehen wird. Auch will sie die von dem IWF vorgeschriebene Wirtschaftspolitik einhalten, wie Importerleichterungen und Einfrierung der Löhne. Allein diese beiden letzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen gehen sehr zu Lasten der Arbeiter, denn es wird zu mehr Arbeitslosigkeit und niedrigeren Löhnen führen.

All die Versprechungen von Frau Aquino, die sie am 1. Mai in Manila auf einer Kundgebung gemacht hat, sind Versprechungen geblieben, ohne Versuche, sie einzuhalten. Sie hatte am 1. Mai versprochen, alle gegen die Arbeiter gerichteten, repressiven Gesetze außer Kraft zu setzen, die besonderen Abgaben für den Pagibig (Wohnungsbau-)Fonds, wovon die Arbeiter nichts haben, sondern nur die Kapitalisten, abzuschaffen, und die Liberalisierung des Streikrechts und des Organisationsrechts. Wie ich aber schon vorher sagte, werden uns diese Rechte nach wie vor vorenthalten.

Die Situation der Arbeiterinnen

Wir philippinischen Arbeiterinnen stehen nicht außerhalb von dem, was meine Vorgänger gerade beschrieben haben. Von den 55 Mio. Einwohnern in den Philippinen sind wir Frauen 26 Millionen. Aber nur 7 Millionen Frauen gehören zur Arbeiterklasse. Wir werden durch das neokoloniale und halbfeudale System in unserem Land unterdrückt und diskriminiert. Die Arbeitsbedingungen der philippinischen Arbeiterinnen sind sehr schlecht. Sie arbeiten vor allem im Elektronik-Bereich, der Textil- und Bekleidungsindustrie und im Dienstlei-



Streikende Arbeiterinnen: Nicht so heißblütig und dickköpfig ?

stungsbereich als Verkäuferin. Nach den Vorstellungen der ausländischen Kapitalisten sowie der einheimischen Kompradorenbourgeoisie sind philippinische Frauen billige Arbeitskräfte, die nicht so heißblütig und dickköpfig, sondern geduldig sind und besonders flinke Hände haben. Ausländische wie einheimische Unternehmen betreiben eine Politik von "lay down or lay off" ("hinlegen oder rausfliegen") gegenüber den Arbeiterinnen, d.h. wenn Du länger im Betrieb arbeiten und Ärger vermeiden willst, solltest Du die "Freundin" deines Vorgesetzten sein, wenn es ein Mann ist. Aber wir philippinischen Frauen sind in dieser Hinsicht etwas altmodisch und dann wird die Betriebsleitung böse und wirft uns raus. Wenn Du keine andere Wahl hast, verhältst du dich entsprechend dieser Politik des "lay down or lay off".

Es ist nicht einfach für uns philippinische Frauen, eine Arbeit zu bekommen. Die ausländischen oder auch die einheimischen Kapitalisten wollen gerne junge Arbeiterinnen haben, die unter 25 Jahre alt sind, mit schönem Körper und das wichtigste ist, daß du sexy bist. Wenn sie wissen, daß du verheiratet oder über 25 Jahre alt bist, werden sie dich nicht einstellen. Die Arbeitsbedingungen von philippinischen Arbeiterinnen lassen sich am Schwangerschaftsurlaub deutlich machen. Es gibt nur 6 Wochen bezahlten Schwangerschaftsurlaub, um das Kind auszutragen. In dieser Zeit erhältst du nur 1.200 Pesos. Davon bezahlt 80% die Sozialversicherung und 20% der Betrieb. Die Höhe hängt auch noch von der Höhe deines Grundlohnes ab.

Wegen dieser Situation, nicht nur der Arbeiterinnen, müssen wir das

politische Bewußtsein unter den Arbeiterinnen erhöhen. Es geht nicht nur um spezifische Frauenforderungen. Es geht uns auch darum, unsere Gesellschaft in eine tatsächliche Demokratie zu verändern. Die philippinischen Frauen müssen an der Veränderung der Regeln in unserer Gesellschaft teilhaben.

So werden die Arbeiter/innen bei Streiks von Polizei und Militär angegriffen. Eine meiner Kolleginnen starb 1984 beim Streik. Sie ist als Streikposten von den Soldaten erschossen worden. Nicht nur Arbeiter, sondern auch Arbeiterinnen landen im Gefängnis.

Wir hoffen, daß wir philippinischen Männer und Frauen die bestehenden Schwierigkeiten überwinden und eines Tages unser Ziel erreichen werden.

Die Gewerkschaftsarbeit von "hauptamtlichen Organizationalern"

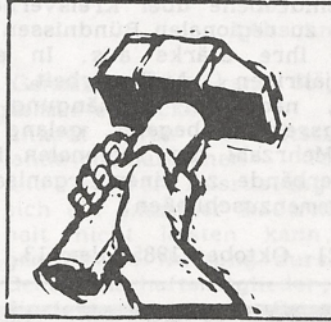
Es ist nicht einfach, als hauptamtlicher "organizer" zu arbeiten. Hier in der BRD werden die hauptamtlichen Gewerkschafter bezahlt, aber in den Philippinen natürlich nicht und das verlangt von den Personen großen Einsatz und Opferbereitschaft. Die Organizer sind sozusagen von den Massen, von den Arbeitern, abhängig.

Ich war früher bei dem bundesdeutschen Bekleidungsunternehmen Triumph beschäftigt. Ich wurde entlassen, weil ich mich für die Arbeiter/innen eingesetzt habe. Bei der Organisationsarbeit z.B. bei einer Firma der Bekleidungsindustrie, muß man sich gut über die Situation der Firma und ihrer

Beschäftigten auskennen. Man muß wissen, wieviele beschäftigt sind und wo die Probleme der Arbeiter/innen sind. Man muß Leute in der Firma kennen, die bereit sind, dort Gewerkschaftsarbeit zu machen bzw. wie in meinem Fall, sie fortzusetzen, innerhalb des Betriebes. Dies sind sozusagen die Kontaktpersonen. Nicht nur innerhalb des Betriebes werden solche Kontaktpersonen gebraucht, sondern auch außerhalb und das sind die eigentlichen Organisatoren, die nicht in den Betrieb reinkommen. Man muß natürlich einiges über die Hintergründe der zu kontaktierenden Person wissen, ihre Persönlichkeit, ihre Adresse und ihre Lebensverhältnisse. Die Organizer treffen sich mit diesen Kontaktpersonen in ihren Wohnungen und sprechen dort über die Verhältnisse und Situation im Betrieb.

Ich hatte Erfahrungen mit solch einer Organisationsarbeit bei einem Betrieb mit 8.000 Beschäftigten, die in drei Schichten arbeiteten. Wegen des Schichtbetriebes muß alles genau geplant werden und es bedeutet, praktisch 24 Stunden am Ball zu bleiben. Angenommen, ein Arbeiter hat von 6

bis 14 Uhr Schicht, so muß mindestens mit einer Kontaktperson schon vor 6 Uhr gesprochen werden bzw. vor dem Betrieb mit mehreren. Was die Leute von der 2. Schicht angeht, so hat man mehr Zeit und kann sie vor der Arbeit zu Hause besuchen. Bei den Leuten, die auf der Nachtschicht gearbeitet haben, kann man erst am späten Nachmittag ankommen, weil die natürlich tagsüber schlafen.



Bei solchen Treffen wird über die grundlegenden politischen und gewerkschaftlichen Probleme in der Form von Schulungen wie auch über die Situation im Betrieb gespro-

chen. Sie müssen sich natürlich auch über die Arbeitsgesetze auskennen, die sogenannten "Batas", die in den Philippinen auch als "Butas" bezeichnet werden, was soviel wie Loch bedeutet und darauf hinweist, daß diese Gesetze den philippinischen Arbeiter/innen nichts nutzen. Nach einer Periode der Schulung mit einer solchen Kontaktperson macht diese weitere Schulungen mit anderen Leuten im Betrieb. Wenn sie etwa fünf oder sechs Personen zusammen haben, kann man von einer aktiven Gruppe im Betrieb sprechen. Es muß von jeder Schicht eine Kontaktperson dabei sein.

Diese Arbeit muß natürlich konspirativ bleiben, besonders, wenn die Gewerkschaft an dem Betrieb noch nicht zugelassen ist bzw. wenn es eine verbotene Gewerkschaft ist. Es muß sozusagen geheim für die Kapitalisten bleiben, aber nicht für die Arbeiter/innen, denn die müssen natürlich mehr über die Bedeutung der Gewerkschaft lernen und wissen.

Zusammenstellung und Übersetzung
von
Peter Franke

Für eine echte Landreform

Auszüge aus dem Programm der Bauernbewegung der KMP

Das vorliegende Landreform-Minimalprogramm der Bauernbewegung KMP wurde von ihrem Nationalrat am 4. Juni 1986 in Quezon City verabschiedet. Es faßt die wichtigsten Punkte des umfassenderen "Programms für eine echte Landreform" (ebenfalls Juni 1986) zusammen, die unmittelbar verwirklicht werden könnten.

Das Landproblem bleibt bis heute das wichtigste soziale Problem im Land. Millionen von Bauern und Landarbeitern leiden seit mehr als einem Jahrzehnt der Ausbeutung und Unterdrückung durch die Marcos-Diktatur unter Hunger und Armut. Sie sind hauptsächlich deswegen verarmt, weil sie das Land, das sie bearbeiten - die eigentliche Grundlage ihrer Existenz und ihres Lebensunterhalts - nicht besitzen.



Früheren Versuchen einer von der Regierung verordneten Landreform ist es nicht gelungen, den Bauern den Besitz und die Kontrolle über ihr Land zu verschaffen. Dem Landreformprogramm von Marcos, wie auch den vorangegangenen, gelang es nur, die Bauern immer tiefer in den Bankrott zu treiben und ihnen ihr Land zugunsten des multinationalen Agrobusiness und der Busenfreunde des Diktators wegzunehmen.

Die fortdauernde Michachtung des Rechtes der Bauern, das Land zu besitzen auf dem sie arbeiten, hat eine Aufeinanderfolge von ländlichen Unruhen und bewaffneter Rebellion in Gang gesetzt, die sich in den letzten Jahren immer noch weiter ausgebreitet hat.

Mit dem Fall der Marcos-Diktatur und dem Aufstieg einer neuen Regierung hat ein neues Klima von Liberalisierung und demokratischer Reform jedoch die Hoffnung unter den Bauern wachgerufen, das Land, das sie bearbeiten, doch noch besitzen zu können. Aber die neue Regierung muß die Scheinlandreform von Marcos über Bord werfen und ein echtes Landreformprogramm durchführen.

Das Problem des Landbesitzes bleibt ungelöst, weil ausländische Interessen die Unterentwicklung der philippinischen Gesellschaft verewigt haben. Die ausländische Vorherrschaft gründet sich auf die Schwäche der philippinischen Wirtschaft. Und solange die Fesseln der feudalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht gebrochen sind, werden wir weiterhin Lieferanten von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften und Abnehmer von importierten Fertigprodukten bleiben. Ohne eine echte Landreform werden wir Sklaven der neokolonialen Vorherrschaft bleiben.

Um die Erfolge des Kampfes des Volkes um Demokratie zu sichern, den Hunger und das Leiden der Bauern zu mildern und die Grundlage für wirtschaftliche Gesundung und Wachstum zu schaffen, schlägt die Kilusang Magbubukid ng Pilipinas (KMP) der Aquino-Regierung